



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 22. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Energie, Planung und
Stadtentwicklung vom
14.12.2017

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Wilhelm Kortmann

Die Sitzung fand im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:15 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Klimaschutz, Energie, Planung und Stadtentwicklung beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers
Vorlage: FB 3/733/2017
2. Parkhausstandort im Bereich Mühlenstraße / Ostwall
Vorlage: FB 3/668/2017
3. Erstellung einer Satzung gem. § 34 BauGB am DEK - nördl.Seppenrader Straße
Vorlage: FB 3/710/2017
4. BPlan "Höckenkamp-Nord", 1. Änderung
Vorlage: FB 3/720/2017
5. Bebauungsplan "Große Busch - Nord", Antrag auf 3. Änderung
Vorlage: FB 3/736/2017
6. Berichte
7. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

8. Berichte
9. Anfragen

Öffentlicher Teil:

TOP 1) Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers
Vorlage: FB 3/733/2017

Der Ausschussvorsitzende erläutert den TOP und bittet Herrn Spliethoff um eine kurze Vorstellung seiner Person.

Dieser stellt sich und sein künftiges Aufgabengebiet, welches unter anderem den Bereich der Stadtplanung, den Denkmalschutz und seine Tätigkeit als Radverkehrsbeauftragter beinhaltet, vor.

Im Anschluss lässt der Ausschussvorsitzende über den TOP abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Energie, Planung und Stadtentwicklung bestellt für die auszufertigenden Niederschriften über die im Ausschuss für Klimaschutz, Energie, Planung und Stadtentwicklung gefassten Beschlüsse

Herrn Bastian Spliethoff

als weiteren stellvertretenden Schriftführer.

-einstimmig-

TOP 2) Parkhausstandort im Bereich Mühlenstraße / Ostwall
Vorlage: FB 3/668/2017

Herr Blick-Veber stellt den TOP vor.

SkB Borgmann teilt mit, dass er bei diesem TOP ein Park/Verkehrskonzept vermisste, welches die Notwendigkeit eines Parkhauses belege. Seine Partei begrüßt aber, dass der Standort „Ostwallschule“ nicht mehr favorisiert werde. Er macht deutlich, dass - falls die Notwendigkeit eines Parkhauses gesehen werde - der von der Verwaltung vorgeschlagene Standort als der richtige angesehen werde. Auf Grund eines fehlenden Nachweises über die Notwendigkeit eines Parkhauses werde sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Stv. Grundmann stellt in Frage, ob wirklich ein Parkhaus in Lüdinghausen notwendig sei. Sofern darüber ein Nachweis bestehe, schließt er sich im Hinblick auf die Standortfrage seinem Vorgänger an. Auch von ihm aus werde die Notwendigkeit eines Park/Verkehrskonzept gesehen, so dass er zum jetzigen Zeitpunkt dem Punkt 1 des Beschlussvorschlages der Verwaltung nicht zustimmen könne. Des weiteren hinterfragt er die aufwendige Ausführung des provisorischen Parkplatzes hinter der ehemaligen Kindergartenpraxis. Dieser sähe so aus, als sei er für eine dauerhafte Nutzung bestimmt und solle nicht nur als Provisorium dienen. Durch diesen Parkplatz habe die Stadt den gesetzlich geforderten Stellplatzbedarf des „Gesundheits-Campus“ erfüllt.

Auch seitens der SPD werde der Standort „Ostwallparkplatz“ als optimaler Standort begrüßt, teilt Stv. Spiekermann-Blankertz mit, der Bedarf eines Parkhauses sei aus seiner Sicht offensichtlich vorhanden. Konkretisierende Parkhaus-Planungen sollen frühzeitig durch den Gestaltungsbeirat begleitet werden. Der provisorische Parkplatz solle nach Fertigstellung des Parkhauses zurückgebaut werden. Diese Festlegung müsse im Punkt 1 des Beschlussvorschlages mit aufgenommen werden.

Der Standort „Ostwallparkplatz“ werde auch von der CDU begrüßt, auch der Bedarf für ein Parkhaus werde gesehen, teilt Stv. Möllmann mit. Eine Umsetzung solle zeitnah auf den Weg gebracht werden, da die Stadt auch gegenüber dem Investor des „Gesundheits-Campus“ eine Verpflichtung zur Lösung des Parkraumproblems habe.

SkB Fricke schließt sich den Aussagen ihrer Vorgänger an, eine zeitnahe Realisierung des Parkhauses und der Rückbau des provisorischen Parkplatzes seien anzustreben. Es solle offen gehalten werden, was künftig - nach Rückbau des provisorischen Parkplatzes - mit dem Grundstück passiere.

Stv. Grundmann macht nochmal deutlich, dass die Notwendigkeit eines Parkhauses anhand eines Konzeptes belegt werden müsse. Bürgermeister Borgmann entgegnet, dass Herr Suhre (Firma NTS) in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt (BVBÜ) am 30.11.2017 ausgiebig das „Verkehrskonzept Ostwall Neustraße Mühlenstraße“ vorgestellt und erläutert hat, aus dem Stellplatzbedarf für diesen Bereich hervorgeht.

Bevor die Entscheidung für ein Parkhaus getroffen werde, solle zuerst ein übergreifendes Park/Verkehrskonzept erstellt werden, ergänzt Stv. Grundmann. Dann liegen auch greifbare Bedarfs-Zahlen vor.

Vermutlich würde es schwierig werden, für ein Parkhaus an der „Ostwallschule“ Planungs- und Baurecht zu schaffen, meinte SkB Tewes. Der Standort „Ostwallparkplatz“ sei somit die bessere Wahl. Das Parkhaus müsse ausreichend Kapazität bekommen, um die Stellplätze des provisorischen Parkplatzes aufzufangen. Durch die präsente Lage im Stadtgebiet solle bei den Planungen der Gestaltungsbeirat frühzeitig eingebunden werden. Er schlägt auch vor, den Beschlussvorschlag im Punkt 1 dahingehend zu ergänzen, dass der provisorische Stellplatz nach Fertigstellung des Parkhauses rückgebaut werde.

Seitens ihrer Partei wird der Standort „Ostwallparkplatz“ grundsätzlich begrüßt, teilt Stv. Wischnewski mit. Sie macht deutlich, dass ein gesamtstädtisches Parkkonzept gewünscht sei, um eine vernetzte Projektkoordination zu ermöglichen. Bürgermeister Borgmann ergänzt,

dass im eben genannten BVBU ausgiebig die Notwendigkeit eines Parkhauses für den östlichen Innenstadtbereich aufgezeigt und diskutiert worden sei.

Aus den Aussagen der Ausschussmitglieder geht als Konsens hervor, dass im Bereich des „Ostwallparkplatzes“ ein Parkhaus gewünscht ist, fasst Stv. Möllmann zusammen. Erst im Laufe des Verfahrens würde sich klären, wie groß das Parkhaus und wie viele Stellplätze damit realisiert werden können. Auch er begrüße den Vorschlag, Punkt 1 des Beschlussvorschlages dahingehend zu ergänzen, dass der provisorische Stellplatz nach Fertigstellung eines Parkhauses zurück gebaut wird.

Nach kurzer Diskussion herrscht parteiübergreifende Einigkeit darüber, den Punkt 1 des Beschlussvorschlages dahingehend zu ergänzen, dass der provisorische Parkplatz nach Fertigstellung eines Parkhauses rückgebaut wird. Des weiteren solle eine Einzelabstimmung über die Punkte des Beschlussvorschlages erfolgen.

Im Anschluss lässt der Ausschussvorsitzende gesondert über die einzelnen Punkte abstimmen.

Beschluss:

1) Dem Rat wird empfohlen, den Standort "Ostwallparkplatz" für die Errichtung eines Parkhauses vorzusehen, im Gegenzug soll der provisorische Parkplatz hinter der ehem. Praxis aufgehoben werden. Für die Planung wird der Gestaltungsbeirat frühzeitig eingebunden.

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2

2) Dem Rat wird empfohlen, die Verwaltung mit der Überprüfung zu beauftragen, wie der Bau und der Betrieb des Parkhauses erfolgen kann.

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2

3) Dem Rat wird empfohlen die Verwaltung zu beauftragen, das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes „Wilhelmstraße / Ostwall“ ins Verfahren einzubringen, um für die im Sachverhalt benannten Punkte Planungsrecht zu schaffen.

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	2

TOP 3) Erstellung einer Satzung gem. § 34 BauGB am DEK - nördl.Seppenrader Straße **Vorlage: FB 3/710/2017**

Herr Blick-Veber stellt den TOP vor.

Stv. Suttrup hinterfragt die Eigentumsverhältnisse. Derzeit ist die BIMA Eigentümerin, die Vertragsverhältnisse werden zwischen Eigentümer und Nutzer geregelt, teilt Herr Blick-Veber mit.

Stv. Grundmann hinterfragt, ob der Wegfall von Grünflächen berücksichtigt werde. Im Änderungsverfahren des Bebauungsplanes werde eine Begründung notwendig, in der dieses berücksichtigt werde, teilt Herr Blick-Veber mit.

SkB. Tewes und Stv. Höring begrüßen das Vorhaben. SkB. Tewes weist darauf hin, dass die Versiegelung der Fläche minimal sein und bei den Planungen das Thema „Entwässerung“ berücksichtigt werden solle.

Beschluss:

Der KEPS empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, eine Satzung gem. § 34 Abs. 4 BauGB für den Bereich am Dortmund-Ems-Kanal / nördlich der Seppenrader Straße zu erstellen und hierfür das Verfahren im vereinfachten Verfahren mit einstufiger Bürger- und Behördenbeteiligung einzuleiten.

-einstimmig-

TOP 4) BPlan "Höckenkamp-Nord", 1. Änderung

Vorlage: FB 3/720/2017

Herr Blick-Veber stellt den TOP vor.

Stv. Grundmann erkundigt sich, wie nach einem zusätzlichen Neubau das Verhältnis von Freiflächen zu bebauter Fläche sei und ob noch die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Bürgermeister Borgmann macht darauf aufmerksam, dass die jetzige Freifläche fast schon überdimensioniert zum Bestandsgebäude sei.

Es gibt exakte gesetzliche Vorgaben dazu, diese können dem Protokoll als Anmerkung beigefügt werden, schlägt Herr Blick-Veber vor.

Diese Anregung wird von den Ausschussmitgliedern begrüßt.

Anmerkung zum Protokoll:

Für einen Gruppen-Kindergarten (2xU2, 2xÜ2) gilt mind. 600-700qm Gebäudenutzfläche und 700-850qm Außenspielbereich (zzgl. Stellplätze etc.).

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen die Verwaltung zu beauftragen, für die aufgezeigte Änderung das Verfahren zur öffentlichen Auslegung gem. § 3(2) BauGB im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB einzuleiten.

Soweit im Beteiligungsverfahren keine Anregungen eingehen, wird dem Rat empfohlen, den Satzungsbeschluss zu treffen.

-einstimmig-

TOP 5) Bebauungsplan "Große Busch - Nord", Antrag auf 3. Änderung

Vorlage: FB 3/736/2017

Der TOP wird durch Herrn Blick-Veber vorgestellt.

Aus Sicht des SkB. Tewes sollen - zur Vermeidung einer Riegelbebauung - zwei getrennte Baufenster festgesetzt werden. Des weiteren weist er darauf hin, dass im derzeitigen Bebauungsplan für die Außenwandgestaltung als Material nur „gebrannte Steine“ zulässig

seien. Diese Festsetzung solle im Hinblick auf das Thema „Wärmedämmverbundsysteme“ überdacht werden, ggfl. könne man im jetzigen Änderungsverfahren eine andere Regelung finden.

Stv. Höring hinterfragt, ob die Zustimmungen der Nachbarn vorlägen. Dies sei nicht der Fall teilt Herr Blick-Veber mit. Im Regelfall werden diese aber nur dann abgefragt, wenn beispielsweise sensible, rückwärtige Bereiche nachverdichtet werden sollen.

Der Antragsteller dieser Bebauungsplanänderung befindet sich als Zuschauer im Sitzungssaal und bitte um das Wort. Er erläutert in kurzen Worten das Vorhaben. Es sei geplant, auf dem 1600 m² großen Grundstück Wohnraum für seine zwei Töchter nebst Familie zu schaffen. Da eine moderne Gestaltung gewünscht sei, würde man gerne ein Flachdach realisieren und auf den gebrannten Stein verzichten. Er weist auch darauf hin, dass sein direkter Nachbar dem Vorhaben positiv gegenüber stehe.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen die Verwaltung zu beauftragen, die bauleitplanerischen Vorarbeiten eines von der Initiatorin herbeizuhenden externen Büros zu begleiten und das Verfahren zur öffentlichen Auslegung gem. § 3(2) BauGB im Vereinfachten Verfahren mit einstufiger Bürger- und Behördenbeteiligung einzuleiten.

-einstimmig-

TOP 6) Berichte

-entfällt-

TOP 7) Anfragen

In einer der letzten Sitzungen wurde darauf aufmerksam gemacht, dass im Bereich des Busbahnhofes mehrere sogenannte „Fahrradleichen“ vorhanden seien, und es wurde um Beseitigung gebeten, erklärt Stv. Grundmann. Leider wurde diese Bitte bisher noch nicht entsprochen.

Bürgermeister Borgmann sagt eine Überprüfung des Sachverhaltes zu.

Wilhelm Kortmann
Vorsitzende/r

Martina Bendler
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

**zur 22. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Energie, Planung und
Stadtentwicklung**

der Stadt Lüdinghausen am 14.12.2017

anwesend:

CDU-Fraktion

Bone, Hildegard	
Höring, Volker	
Möllmann, Bernhard	
Schnittker, Alois	
Suttrup, Thomas	
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	

SPD-Fraktion

Spiekermann-Blankertz, Michael	
Stallmann, Dagmar	
Steinkuhl, Thomas	Vertretung für Dirk Havermeier
Tewes, Bernhard	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bierschenk, Bruno	
Grundmann, Eckart	
Kortmann, Wilhelm	

UWG-Fraktion

Borgmann, Rafael	
Wischniewski, Susanne	Vertretung für Jürgen Berau

FDP-Fraktion

Fricke, Cornelia	
------------------	--

von der Verwaltung

Bendler, Martina	
Blick-Veber, Matthias	
Borgmann, Richard Bürgermeister	

Spliethoff, Bastian	
Trudwig, Ellen	

Entschuldigt:**CDU-Fraktion**

Merten, Michael	
-----------------	--

SPD-Fraktion

Havermeier, Dirk	
------------------	--

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	
---------------	--